Auer Tageblatt

Anzeigen nehmen die Auträger und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Anzeiger für das Erzgebirge

Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge — Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. — Postscheck-Konto: Amt Leipzig Nr. 1900

Nr. 157 — Donnerstag, den 9. Juli 1931 — 26. Jahrgang

Aufruf der Reichsregierung

zum Gelingen des Hoover-Planes

Berlin, 7. Juli. Die weitschauende und staatsmännische Initiative des Präsidenten Hoover wurde von Erfolg gekrönt. Die seelische Entlastung und die Hoffnung auf Wirtschaftsbesserung, die dieses Ergebnis mit sich bringt, löst allseits freundschaftliche und freudige Gefühle aus. Der Entschluß zu raschem und durchgreifendem Handeln eröffnet weitgehende Möglichkeiten zu einer Wiedergesundung der Welt. Das deutsche Volk ist sich darüber klar, daß die endgültige Durchführung des Hoover-Planes ihm als Schwerstbelasteten die verhältnismäßig stärkste Entlastung bringen wird. Die Einigung über das Feierjahr konnte nur durch verständnisvolle Mitwirkung aller Beteiligten erreicht werden, von denen einige Staaten eine Vergrößerung eigener Schwierigkeiten und erhebliche Unbequemlichkeiten im Interesse der Gesamtlösung auf sich nehmen mußten. Der hochherzige Verzicht des amerikanischen Volkes hat jedoch ein begrüßenswertes Echo ausgelöst. Wir erkennen dankbar an, daß in der Stunde schwerster wirtschaftlicher Gefahr Deutschland dieses Verständnis für seine Lage gefunden hat.

Deutschland ist auch nach Eintritt des Feierjahres keineswegs seiner wirtschaftlichen und finanziellen Nöte überhoben. Es kann die ihm verbleibenden Mittel nicht benutzen, um die Opfer, die die Regierung der Bevölkerung hat zumuten müssen, bei aller Milderung gewisser Härten herabzusetzen. Es darf nicht in seinen äußersten Anstrengungen, zu sparen, nachlassen. Die gesamten Erleichterungen, die der Hoover-Plan Deutschland bringen wird, werden zur Konsolidierung der öffentlichen Finanzen restlos benötigt und verwendet werden; die hierdurch eintretende Erleichterung des Geld- und Kreditmarktes muß der deutschen Wirtschaft zugute kommen.

Eine Erhöhung irgendwelcher Ausgaben des Reiches, auf welchem Gebiete auch immer, ist während des Feierjahres nicht möglich. Darüber hat der Herr Reichskanzler der amerikanischen Regierung eindeutige Erklärungen abgegeben. Das Hoover-Jahr soll der Wiederherstellung der deutschen Wirtschaft und darüber hinaus der Wirtschaftserholung der Welt dienen. Soll sich die Hoffnung verwirklichen, daß in der gesetzten Zeit diese Ziele erreicht werden, so ist eine enge Zusammenarbeit der Völker notwendig.

Die nächsten Monate werden Gelegenheit zu einer solchen Zusammenarbeit bieten. Die Heilung der Wunden dieser Krise und die Vorsorge gegen den Wiedereintritt ähnlicher Weltkatastrophen müssen das gemeinsame Ziel sein, von dem sich die Staatsmänner und die Völker bei der Lösung der noch größeren Aufgaben des kommenden Jahres leiten lassen.

Die deutsche Wirtschaft an den Reichsbankpräsidenten

Berlin, 7. Juli. Der Brief, den heute abend 1000 deutsche größte Firmen an den Präsidenten der Reichsbank gerichtet haben, hat folgenden Wortlaut:

„Sehr geehrter Herr Reichsbankpräsident!

Die Botschaft des Präsidenten Hoover hat der Welt den großen Ernst der deutschen Lage offengelegt. In der Zeit, die zwischen der Verkündigung dieser Botschaft und ihrer Annahme verstrichen ist, hat sich die Lage noch verschärft. Wir hoffen, daß die nunmehr erfolgte Zustimmung aller beteiligten Staaten zu dem Pakte die Grundlage für den wenn auch sehr schwierigen Wiederaufbau bietet. Das Ziel muß jetzt sein, das Vertrauen auf Deutschland und in Deutschland wieder herzustellen, weitere Kreditkündigungen zu vermeiden und dem Devisenabfluß Einhalt zu tun. Wir haben uns entschlossen, unsere Mitwirkung durch Zusammenfassung der deutschen Wirtschaftskräfte in folgender Weise zur Verfügung zu stellen: Unter Führung der Deutschen Golddiskontbank wird von deutschen Unternehmen aus Industrie, Banken, Schiffahrt und Handel ein Garantiesyndikat gebildet, das eine Ausfallbürgschaft in Höhe von 500 Millionen RM übernimmt, um durch diese Garantiemasse die Aktionskraft der Deutschen Golddiskontbank zu verstärken. Diese Hattsumme wird nach einem bestimmten Verfahren auf die 1000 größten deutschen Unternehmungen umzulegen sein, wobei an einen bereits vorhandenen Verteilungsschlüssel gedacht ist. Wir sind uns bewußt, welches Obige eine solche Summe für uns bedeutet, sind aber zu dieser Leistung bereit, um die Deutsche Golddiskontbank, die sich bereits in schwieriger Lage als eine Hilfe für die deutsche Wirtschaft bewährt hat, so zu stärken, daß sie über ihren bisherigen Rahmen hinaus, namentlich in der jetzigen schwierigen Uebergangszeit, als Kreditinstrument wertvolle Dienste leisten kann. Diese unsere Garantieleistung kann jedoch nur wirksam werden, wenn es dem Reichsbankdirektorium gelingt, in der Zusammenarbeit mit den ausländischen Notenbanken die für die deutsche Wirtschafts- und Kreditlage notwendigen Erleichterungen unter Mitwirkung der ausländischen Bankwelt uns zu verschaffen. Wir bitten Sie, sehr geehrter Herr Reichsbankpräsident, die zur Verwirklichung dieses Vorschlages notwendigen Maßnahmen alsbald in die Wege zu leiten."

Es folgen dann die Unterschriften der maßgebenden deutschen Großbanken sowie großen Provinzbanken und der wichtigsten Firmen der Industrie, des Handels und der Schiffahrt.

Die Ausfallbürgschaft der deutschen Wirtschaft

Berlin, 8. Juli. Das Schreiben der führenden Unternehmungen der deutschen Wirtschaft an den Reichsbankpräsidenten über die Ausfallbürgschaft von 500 Millionen wird von sämtlichen Berliner Morgenblättern seiner Bedeutung entsprechend in größter Aufmachung wiedergegeben. Die D. A. Z. sieht in dem Schreiben der Wirtschaftsführer ein hoffnungsvolles Zeichen dafür, daß es der deutschen Wirtschaft und dem deutschen Staat gelingen wird, aus eigener Kraft der Krise Herr zu werden. Es liege hier, so betont das Blatt, eine großzügige Handlung vor, die im Zusammenhange mit dem Schuldverzicht den Zweck habe, der Welt den Beweis zu liefern, daß in Deutschland die wirtschaftlichen und politischen Kräfte vorhanden seien, die opferbereit für die Allgemeinheit in die Bresche springen, um das Vertrauen neu zu befestigen, dessen Fehlen in den vergangenen Wochen Staat und Wirtschaft an den Rand des Abgrundes gebracht habe. Das Blatt unterstreicht besonders, daß sich das selbstverantwortliche Unternehmertum in nationaler Selbstlosigkeit und staatserhaltender Gesinnung zu diesem mutigen und dankenswerten Schritt entschlossen habe. In ähnlichem Sinne äußert sich die „Börsenzeitung", die die Uebernahme der Ausfallbürgschaft als eine Tat bezeichnet, die geeignet sei, das Vertrauen der internationalen Finanzwelt in den ernsten Lebenswillen des deutschen Volkes wieder herzustellen. Nunmehr werde es Aufgabe der Reichsregierung sein, diesen Willen nicht nur mit Worten anzuerkennen, sondern darüber hinaus den Forderungen und den Mahnungen, die die Führer der deutschen Wirtschaft seit Jahren erhoben haben, ernstlich Rechnung zu tragen. Der „Börsenkurier" gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die Welt die Bedeutung des Schrittes des deutschen Unternehmertums begreift und ihre Mitarbeit nicht versagen werde.

500-Millionen-Kredit der deutschen Wirtschaft für die Golddiskontbank

Berlin, 7. Juli. Reichsbankpräsident Dr. Luther machte in einer Pressebesprechung davon Mitteilung, daß er einen Brief, unterzeichnet von allen maßgebenden deutschen Wirtschaftskreisen, den Banken, der Industrie, dem Handel und der Schiffahrt erhalten habe. Es handelt sich dabei um 1000 der größten deutschen Firmen. Dieser Brief laufe darauf hinaus, daß diese Wirtschaftskreise der Deutschen Golddiskontbank eine Ausfallbürgschaft von 500 Millionen RM zur Verfügung stellen. Der Zweck soll sein, die Golddiskontbank so zu stärken, daß sie ein neues, sehr wirkungsvolles Kreditinstitut für Deutschland wird, um vor allen dem Abzug von Auslandskrediten aus Deutschland entgegenzuwirken. Es soll eine Kraftleistung der deutschen Wirtschaft aufgezeigt werden, die deutlich mache, daß entgegen den Gerüchten und Anschauungen, die in einem Teile des Auslandes verbreitet sind, in der deutschen Wirtschaft der ernste Wille vorherrsche, gegen die gegenwärtigen Verhältnisse anzukämpfen. In erster Linie komme es darauf an, den Kredit Deutschlands im Auslande wieder aufzubauen, nachdem jetzt die Hoover-Aktion abgeschlossen sei.

Reichsbankpräsident Dr. Luther betonte, daß durch diese deutsche Kraftleistung ein starkes neues deutsches Kreditinstitut geschaffen werden solle. Die entsprechenden Maßnahmen sollen mit größtmöglichster Beschleunigung durchgeführt werden, um dem Ausland zu zeigen, daß die deutsche Wirtschaft von sich aus eine außerordentliche Kraftleistung vollbringe, die neben dem Zusammenwirken mit dem Ausland nötig sei. Das Ausland solle sehen, daß Deutschland von sich aus alles Notwendige selbst tue, um der bestehenden Schwierigkeit Herr zu werden. Wie Dr. Luther weiter mitteilte, handelt es sich um eine vorübergehende Hilfsaktion in der gegenwärtigen Notzeit. Es soll durch sie dem normalen Kreditgeschäft zwischen den Notenbanken des In- und Auslandes eine Stütze gegeben werden. Die Hilfsaktion soll ein Anlaß sein, die ausländischen Kreditgeber zu veranlassen, ihre Kredite nicht aus Deutschland zurückzuziehen. Das Reichsbankdirektorium erhofft von der bloßen Tatsache dieser Aktion eine erhebliche Verschärfung des Vertrauens im In- und Auslande zu Deutschland.

Einberufung des Komitees der Finanzsachverständigen

Paris, 7. Juli. Die französische Regierung hat, wie Havas berichtet, die durch den englischen Botschafter Lord Tyrrell überbrachte Anregung der englischen Regierung angenommen, in der nächsten Woche eine Konferenz des Komitees der Schatzamtssachverständigen in London anzuberaumen. Dieses soll im einzelnen die Durchführung des Deutschland bewilligten Moratoriums regeln.

Die Londoner Konferenz über den Hoover-Plan

London, 8. Juli. Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph" erwartet, daß die britische Regierung unverzüglich Einladungen zu einer Konferenz in London an die alliierten Mächte, Deutschland und die Vereinigten Staaten von Amerika absenden werde. Die Vereinigten Staaten würden, da sie keine Unterzeichner des Youngplanes sind, lediglich durch einen offiziellen Beobachter vertreten sein. Nach Ansicht der britischen Regierung solle die Konferenz, wie der diplomatische Korrespondent weiter schreibt, baldigst zusammentreten. Der erste Teil ihrer Arbeiten, der wahrscheinlich eine Woche beanspruchen werde, solle von Sachverständigen der verschiedenen Schatzämter ausgeführt werden. Hierauf sollten nach britischer Ansicht die Regierungen ihre Finanzminister oder andere Kabinettsmitglieder für die Schlußverhandlungen entsenden. Außer der Frage des Garantiefonds und der Sachlieferungen dürfte auch die Methode der Rückzahlungen der suspendierten Reparationen durch Deutschland eine aufmerksame Prüfung finden müssen. Die britische Delegation werde von Schatzkanzler Snowden geführt werden. Der Korrespondent erklärt zum Schluß, es verlaute, daß weder Washington noch London Bereitschaft gezeigt hätten, von Deutschland die politischen Garantien zu verlangen, die Paris ursprünglich als Vorbedingung internationaler Finanzhilfe für Deutschland bezeichnet hatte.

Das Staatsdepartement zur Einberufung der Londoner Expertenkonferenz

Washington, 7. Juli. Das Staatsdepartement gibt folgende Verlautbarung bekannt: Die Regierung der Vereinigten Staaten erfährt mit großer Freude, daß die britische Regierung eine Konferenz der interessierten Mächte einberufen hat, die schleunigst in London zusammentreten soll, um die Einzelheiten der Durchführung des Hoover-Planes auszuarbeiten. Die amerikanische Regierung ist überzeugt, daß auf einer Konferenz, die im Geiste gegenseitigen guten Willens und in einer von der Hoffnung auf die Besserung der wirtschaftlichen Lage der Welt gereinigten Atmosphäre zusammentreten wird, die Vertreter der verschiedenen Regierungen bei dem Bemühen, die Zwischenprobleme der Anwendung des Planes in einer Weise zu lösen, die voll dem Geiste und dem Sinne des Hooverschen Vorschlages entspricht, nur auf geringe Schwierigkeiten stoßen werden.

Ministerbesprechung über die Pariser Einigung

Berlin, 7. Juli. Der Reparationsausschuß des Reichskabinetts ist heute vormittag zusammengetreten, um über die Einzelheiten des Ergebnisses der französisch-amerikanischen Verhandlungen zu beraten. Es handelt sich lediglich um eine Erörterung der neuen Situation, weshalb keine Beschlüsse zu erwarten sind.

Der Reichspräsident an den Präsidenten Hoover

Berlin, 7. Juli. Der Herr Reichspräsident hat nachstehendes Telegramm an den Präsidenten der Vereinigten Staaten gerichtet:

Neudeck, den 7. Juli 1931.

Nachdem die Pariser Verhandlungen nunmehr zum Abschluß gelangt sind und das von ihnen vorgeschlagene Feierjahr begonnen hat, möchte ich Ihnen und dem amerikanischen Volke den Dank des deutschen Volkes zum Ausdruck bringen. Dank Ihrer Initiative möge die ganze Welt einer neuen Aera friedlicher und vertrauensvoller Zusammenarbeit entgegengeführt werden! Dies ist mein aufrichtigster Wunsch.

gez.: von Hindenburg, Reichspräsident.

Ueberreichung eines Schreibens des Reichskanzlers an Mussolini

Rom, 7. Juli. Mussolini empfing heute Außenminister Grandi und den italienischen Botschafter in Berlin, Orsini-Baroni, der zur Berichterstattung nach Rom berufen worden ist und dem Regierungschef ein Schreiben des deutschen Reichskanzlers überbrachte. In diesem vom 26. Juni datierten Schreiben wird nach Worten des Dankes für die Initiative Hoovers betont, daß die Aktion des Präsidenten Hoover ganz in der Linie der seit langem von Italien unter Führung Mussolinis betriebenen kraftvollen und weitschauenden Politik liege. Das Schreiben bestätigt außerdem den festen Willen, den die jetzige Re-